



34. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 20. September 2001

Inhalt

Seite

Aktuelle Stunde

Berlin nach dem Angriff auf die Vereinigten Staaten von Amerika _____ 1843 (A)

verbunden mit

Anträge

Behandlung von Einbürgerungsanträgen bei Bestehen von Sicherheitsbedenken

– Drs 14/1518 – _____ 1843 (A)

Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation bei der Berliner Polizei

– Drs 14/1519 – _____ 1843 (A)

Annahme einer Entschließung über Abschaffung des Religionsprivilegs

– Drs 14/1520 – _____ 1843 (A)

Abg. Dr. Steffel (CDU) _____ 1843 (B)

Abg. Müller (SPD) _____ 1845 (C)

Abg. Wolf (PDS) _____ 1846 (D)

Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne) _____ 1848 (B)

RBm Wowereit _____ 1850 (C)

Abg. Lorenz (SPD) _____ 1852 (A)

Frau Abg. Seelig (PDS) _____ 1853 (A)

II. Lesung

Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes

– Drs 14/1512 – _____ 1853 (D)

Inhalt

Seite

I. Lesung**Hundesteuergesetz**

– Drs 14/1514 – _____ 1854 (A)

Wahlen

Stellvertretender Vorsitzender für den Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorgänge bei der Bankgesellschaft AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden _____

1854 (A)

Ergebnis _____ 1855 (A)

Ein Abgeordneter zum Mitglied sowie eine Abgeordnete zum stellvertretenden Mitglied jeweils für die Finanz- und Wirtschaftskommissionen der Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität zu Berlin ____

1854 (A)

Ergebnis _____ 1855 (A)

a) **Vertreter oder Vertreterinnen der Berliner Arbeitgeberverbände,**

b) **Vertreter oder Vertreterinnen der Berliner Gewerkschaften,**

c) **Vertreterinnen einer Organisation, die die Interessen von Frauen, sowie Personen, die Umweltbelange vertreten,**

zu Mitgliedern des (zurzeit ruhenden) Kuratoriums der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und zu deren Stellvertreterinnen oder Stellvertretern

– Drs 14/1463 – _____ 1854 (C)

Ergebnis _____ 1855 (C)

**Vorlagen – zur Kenntnisnahme –
gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB**

– Drs 14/1504 – _____ 1854 (C)

(A) Präsident Führer eröffnet die Sitzung um 15.06 Uhr.

Präsident Führer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 34. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie, unsere Gäste, unsere Zuhörer und unsere Zuschauer zur heutigen Sondersitzung sehr herzlich.

Die Einladung ist Ihnen zugegangen. Ohne weitere Hinweise können wir sofort in unsere heutige Tagesordnung eintreten.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 1:

Aktuelle Stunde zum Thema „Berlin nach dem Angriff auf die Vereinigten Staaten von Amerika“

Diese Aktuelle Stunde steht auf Antrag aller Fraktionen, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS und der Fraktion der Grünen, auf der Tagesordnung. Hierzu rufe ich auch auf

Drucksache 14/1518:

Antrag der Fraktion der CDU über Behandlung von Einbürgerungsanträgen bei Bestehen von Sicherheitsbedenken

Drucksache 14/1519:

Antrag der Fraktion der CDU über Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation bei der Berliner Polizei

Drucksache 14/1520:

Antrag der Fraktion der CDU auf Annahme einer Entschließung über Abschaffung des Religionsprivilegs

(B)

Der Dringlichkeit wird nicht widersprochen.

Diese Anträge habe ich auf Wunsch aller Fraktionen bereits am Dienstag vorab zur Beratung in den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, den Antrag Drucksache 14/1519 auch an den Hauptausschuss überwiesen. Ich stelle die nachträgliche Zustimmung fest.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass ihnen in der Aussprache jeweils eine Redezeit von bis zu 20 Minuten zur Verfügung stehen soll, dieses bei freier Aufteilung der Redebeiträge. – Widerspruch dazu erhebt sich nicht. Dann können wir so verfahren. Nach der ersten Runde der Fraktionen hat der Senat die Möglichkeit zu einer Stellungnahme. Die Reihenfolge der Redebeiträge richtet sich nach der Stärke der Fraktionen. Für die Fraktion der CDU hat das Wort der Abgeordnete Dr. Steffel. – Bitte sehr!

Dr. Steffel (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute vor zehn Tagen hielt die Welt, hielten wir alle den Atem an. Wir saßen fassungslos und ohnmächtig vor den Fernsehgeräten. Dem schwersten Attentat der Geschichte fielen Tausende von Menschen in New York zum Opfer. Hunderte Fluggäste rasten sehenden Auges und bei vollem Bewusstsein in den Tod. Und schließlich begruben die Betonmassen Helfer, Polizei, Feuerwehr und unzählige Fußgänger unter sich.

Jeden Tag werden nun Einzelschicksale bekannt. Das unendliche Leid wird damit täglich greifbarer und für mich persönlicher. Der mörderische Wahnsinn dieser Attentäter und die unglaublichen Bilder dieses Grauens haben uns allen Tränen der Fassungslosigkeit, der Wut und der Trauer in die Augen getrieben. Es war, als hätten die fliegenden Passagiermaschinen nicht nur die höchsten Türme von New Yorks Skyline und eines der Verteidigungsministerien der freien Welt, sondern uns alle mitten ins Herz getroffen. Vor diesem unbeschreiblichen Schrecken, vor dem tausendfachen Tod und dem millionenfachen Leid müssen

menschliche Worte versagen. Dennoch, im Namen meiner Fraktion und sicher fast aller Berlinerinnen und Berliner sage ich: Wir sind entsetzt und empfinden tiefes **Mitgefühl** mit den Familien, mit den **Angehörigen der Opfer**, und mit **unseren amerikanischen Freunden**.

[Beifall bei der CDU und der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS und den Grünen]

Und die Menschen in Amerika müssen und sollen wissen, dass für uns Berliner **Freundschaft und Dankbarkeit keine Lippenbekenntnisse** sind. Ich erkläre deshalb auch im Namen meiner Fraktion – ich sage das sehr bewusst –, dass wir keinen Krieg gegen den Islam und schon gar nicht gegen unsere rechtstreuen muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger dulden werden.

[Allgemeiner Beifall]

Und in diese düsteren Bilder mischten sich aber auch, auch das wird jeden Tag sichtbarer, berührende Eindrücke menschlicher Hilfs- und Opferbereitschaft. Mein tiefer Respekt gilt den Einsatzkräften der Polizei und der Feuerwehr in Washington und New York.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der PDS und den Grünen]

Und ich weiß, dass wir uns hier in Berlin auf unsere Feuerwehr und unsere Polizei genauso verlassen können. Dafür empfinde ich große Dankbarkeit.

Dieser schwärzeste Dienstag der Nachkriegsgeschichte hat der westlichen Welt ihre Gefährdung, ihre Verletzbarkeit vor Augen geführt. Viele Menschen, viele Analytiker, zahlreiche Kommentatoren haben ihre Ratlosigkeit in Worte zu kleiden versucht. Leider wurde neben sehr viel Klugem und Versöhnlichem auch manch irritierende Ansicht geäußert. Wofür ich kein Verständnis habe, sind die Versuche mancher Wirkköpfe, diesen **Anschlag** auch noch **moralisch zu rechtfertigen**. Kein politisches Motiv kann diesen Massenmord rechtfertigen, und schon gar kein religiöses.

[Allgemeiner Beifall]

Genauso wenig Verständnis kann ich für die Versuche aufbringen, den USA die Schuld für diese Ereignisse direkt oder indirekt zu geben. Mit Sorge beobachte ich, dass bei uns eine Diskussion entsteht, die Amerikaner jetzt vor falschen Schritten zu warnen. Hier schlägt die Debatte nach meiner Überzeugung die verkehrte Richtung ein. Denn ich finde, Präsident Bush verhält sich angesichts der tiefen Verzweiflung des schwer gedemütigten amerikanischen Volkes sehr besonnen und äußerst verantwortungsbewusst.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Und es entspricht unserer Überzeugung von Gerechtigkeit, dass die **Schuldigen zur Rechenschaft gezogen** werden, auch ihre Handlanger, Förderer oder Beschützer. Alles andere wäre nicht nur ein Sieg der Gewalt und des Terrors, sondern auch verantwortungslos gegenüber den Menschen in aller Welt, die vielleicht in den kranken Hirnen dieser Terroristen schon als die nächsten Opfer vorgesehen sind. Und wir Berlinerinnen und Berliner wissen, was wir den Amerikanern, was wir unseren amerikanischen Freunden zu verdanken haben: Ihre Care-Pakete haben unsere Tische gedeckt, ihre Luftbrücke hat unser Überleben gesichert, ihr Marshallplan unseren Wohlstand begründet, und ihr militärischer Beistand hat unsere Freiheit gerettet.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Und ihre Solidarität, die Solidarität der Amerikanerinnen und Amerikaner, auch der amerikanischen Präsidenten, hat uns unsere Wiedervereinigung ermöglicht. Wir gehören nicht zu den Menschen, die von Freunden nur dann Geschenke annehmen, wenn es ihnen gerade passt, aber, wenn sie uns einmal brauchen, diese Freunde dann im Stich lassen. Und gerade die Menschen in Berlin waren besonders tief betroffen; nicht nur, weil wir New York und Washington aus vielen Filmen, aus persönlichen Erfahrungen kennen; nicht nur, weil wir wie die Opfer auch Großstädter sind, sondern weil wir diesem Land und seinen Menschen in vielfacher Weise geschichtlich und menschlich tief ver-

(C)

(D)

Dr. Steffel

- (A) bunden sind. Die Berlinerinnen und Berliner, wir haben immer mit den Amerikanern gefühlt. Wir haben geweint, als John F. Kennedy ermordet wurde, und wir weinen jetzt mit den Familien um ihre Toten. Die großen Parteien in Deutschland haben aufgerufen, und 200 000 Berlinerinnen und Berliner sind zum Brandenburger Tor gekommen, um ihr Mitgefühl mit den Amerikanern und ihre Verbundenheit mit den Menschen zu demonstrieren.

Aber zur Offenheit gehört auch: Viele Menschen haben Angst, haben Angst vor Krieg und Terror. Und sie fragen uns, die Politikerinnen und Politiker, was nun geschehen wird. Bei manchem in Berlin steigen wieder die Erinnerungen auf an die Anschläge auf das Maison de France, auf die Diskothek La Belle und auf das Mordkommando im griechischen Lokal Mykonos. Täuschen wir uns nicht, Deutschland ist keine Insel der Seligen und auch keine Oase des ewigen Friedens, wo man sich durch Wegschauen und Wegducken aus der Affäre ziehen könnte; und Berlin übrigens schon gar nicht. Alle, die in der G-10-Kommission sitzen, wissen, dass Berlin wie keine andere Stadt in Deutschland geradezu ein Kristallisationspunkt fundamentalistischer und terroristischer Elemente ist. Gerade das Attentat auf die Diskothek La Belle hat uns auf beunruhigende Weise gezeigt, dass niemand vom Wahnsinn dieses Terrors ausgespart bleiben kann. Unsere Solidarität mit den USA ist daher nicht nur Bündnistreue, die gestern in der Bundestagsdebatte völlig richtig festgestellt wurde, sondern sie entspricht voll und ganz unserem vitalen Eigeninteresse. Denn wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass sich in Berlin eine hohe Zahl ausländischer Extremisten aufhält, dass gerade diese Täter auf der ganzen Welt den Schutz großer Metropolen suchen und dass der internationale Terror aufgrund solcher terroristischer Stützpunkte jederzeit und überall zuschlagen kann. Wer diese Tatsachen verschweigt, der kämpft nicht gegen Panikmache, der kämpft gegen die Interessen der Berliner Bevölkerung.

- (B) Und wir Christdemokraten nehmen diese Befürchtungen und Ängste der Bevölkerung außerordentlich ernst. Das ist auch die Pflicht der Politik. Das ist unsere Verantwortung, und deshalb wende ich mich heute vor allem sehr persönlich an Sie, Herr Regierender Bürgermeister Wowereit. Was wir angesichts der terroristischen Bedrohung und der Verunsicherung bei den Menschen jetzt brauchen, das sind **Sicherheitsbündnisse**.

[Beifall bei der CDU]

So wie die NATO ein internationales verlässliches Sicherheitsbündnis ist, so wie dies gestern im Bundestag auf beeindruckende Weise geschehen ist, so müssen wir auch hier in Berlin ein solches Sicherheitsbündnis schließen – unabhängig von Koalitionen, von Parteigrenzen, auch unabhängig vom Wahlkampf. Deshalb habe ich Ihnen, Herr Regierender Bürgermeister, nach den Attentaten vertrauliche Gespräche und eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit gern angeboten. Lassen Sie uns alle jetzt aufhören mit kleinlichen Fieseleyen des tagespolitischen Wahlkampfgerangels, lassen Sie uns beweisen, dass die großen Volksparteien in Krisenzeiten zusammenstehen,

[Beifall bei der CDU und der SPD]

wie sie das übrigens in der Geschichte Berlins immer getan haben. Für die CDU-Fraktion kann ich Ihnen jedenfalls verbindlich erklären, dass wir alle Maßnahmen unterstützen werden, die in Zeiten wie diesen zu mehr Schutz, zu mehr Sicherheit und zum entschlossenen Kampf gegen den politischen Extremismus führen.

[Beifall bei der CDU]

Ich erkläre sehr nachdrücklich, dass wir uns hinter den Antiterrorforderungen, hinter das Antiterrorpaket des Bundesinnenministers stellen.

Kein **Verein** darf sich länger unter dem **Deckmantel der Religion** verstecken, wenn er verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Die **Regelanfrage beim Verfassungsschutz** soll klären, ob ein einbürgerungswilliger Ausländer ein staatsfeindliches oder terroristisches Vorleben hat. Wir müssen die **modernsten Methoden der Identitätsfeststellung** anwenden, denn jeder Staat hat die Pflicht zu wissen, wer sich dauerhaft in seinem Territorium nie-

- (C) derlassen will. Das sind vernünftige Vorschläge, auch wenn sie in der eigenen rot-grünen Koalition auf Bundesebene nicht unumstritten sind.

Und auch in Berlin müssen wir jetzt unsere Kräfte bündeln, um die Menschen noch besser zu schützen. Es ist richtig, dass Sie die **Kürzungen** von 13 Millionen DM, die Sie bei der **Polizei** im Rahmen des **Nachtragshaushalts** vorgenommen haben, jetzt wieder rückgängig gemacht haben, aber das reicht nicht aus. Polizei, Staats- und Verfassungsschutz, aber auch Feuerwehr und Katastrophenschutz müssen die notwendige personelle und sächliche Ausstattung bekommen.

[Beifall bei der CDU]

Wir müssen neue Katastrophen- und Alarmpläne ausarbeiten. Wir müssen die Widerstände gegen andere vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen überwinden, wie z. B. der Videoüberwachung, dem Unterbindungsgewahrsam und die Möglichkeit, Geiselnnehmer durch Schusswaffengebrauch angriffsunfähig zu machen.

Auch ist dem **Verfassungsschutz** bei der Terrorismusbekämpfung die Vorfeldbeobachtung zu ermöglichen. Dabei muss er auch polizeiliche Befugnisse haben.

[Beifall bei der CDU]

Herr Innensenator, bei den dafür erforderlichen gesetzlichen Änderungen sichere ich Ihnen unsere volle Unterstützung zu.

[Beifall bei der CDU]

Wir müssen auch genauer hinsehen, wer mit welchen Motiven und Absichten zu uns kommt, um in Berlin seinen Aufenthalt zu nehmen. Das heißt Erkenntnisse und Hinweise in den Ausländerakten über radikale und terroristische Bestrebungen müssen zukünftig Staats- und Verfassungsschutz unaufgefordert übermittelt werden.

- (D) Wir müssen unsere Flughäfen, unsere Wasser- und Energieversorgung, die gesamte Infrastruktur noch besser schützen. Mit einem Wort: Wir müssen uns auf die neuen Gefahren mit neuen Konzepten vorbereiten, wenn wir die Sorgen der Menschen wirklich Ernst nehmen wollen.

Deshalb habe ich heute **unser 21 Punkte** umfassendes **Sicherheitskonzept** vorgestellt. Wir erwarten, dass auch Sie sich ernsthaft mit unseren, gemeinsam mit vielen Experten entwickelten Vorschlägen beschäftigen und diesen 21 Punkten für die Sicherheit und gegen den Terrorismus zustimmen.

[Beifall bei der CDU]

Aber dem Terror können wir nicht nur allein mit repressiven Mitteln begegnen. Sie müssen dringend durch präventive Mittel ergänzt werden. Diese sind vermutlich sogar noch wichtiger. Die wirksamste Maßnahme gegen den Hass und gegen die Menschenverachtung ist ein solides Wertefundament. Toleranz allein, Herr Körting, reicht bedauerlicherweise nicht aus. Wie ich aus meinen Gesprächen mit der Ausländerbeauftragten und den islamischen Religionsgemeinschaften weiß, ist der Islam sehr wohl eine friedliche und friedfertige Religion.

[Beifall bei der CDU – Einzelner Beifall bei der SPD]

Deshalb begrüße ich die klare Distanzierung von den Anschlägen, denn eines ist klar: Kein Attentäter kann und darf sich auf den Koran berufen.

[Beifall bei der CDU]

Und zu dem weltoffenen und toleranten Berlin gehört auch das friedliche Zusammenleben – ich betone das sehr bewusst – mit den über 200 000 Muslimen, die genauso rechtstreu und genauso friedfertig sind wie ihre christlichen, jüdischen oder buddhistischen Nachbarn. Diese Muslime haben ein Recht darauf, sich in unserer Stadt unbehelligt zu bewegen. Sie müssen sich bei uns wohl und geborgen fühlen, und Berlin hat, was religiöse Toleranz betrifft, Gott sei Dank! eine jahrhundertalte Tradition zu wahren. Deshalb sage ich sehr deutlich: Wir führen keinen Kampf gegen den Islam, sondern einen Kampf gegen den

Dr. Steffel

- (A) Terror. Und in diesem Kampf ist die überwältigende Mehrheit unserer muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger fest an unserer Seite.

[Beifall bei der CDU]

Aber unsere tolerante Gesellschaft hat auch eine Verantwortung dafür, welche Werte an unseren Schulen vermittelt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Kinder in Berlin – an den Koranschulen oder an öffentlichen Schulen – extremistisches Gedankengut lernen.

[Beifall bei der CDU]

Deshalb hat es absolute Priorität, dass in Berlin endlich ein **Wahlpflichtfach Religion oder Ethik** eingeführt wird.

[Beifall bei der CDU]

Daran ist Herr Schulsenator Böger bisher immer gescheitert. Sie sollten ihn stärker unterstützen, Herr Regierender Bürgermeister, denn die Berliner Schulen sollten Stätten der Friedlichkeit, und nicht der Gewalt sein.

[Beifall bei der CDU]

Das gilt natürlich für die ganze Stadt, für unsere deutsche Hauptstadt.

Für unsere Kinder und alle Berlinerinnen und Berliner bieten wir Ihnen deshalb ein solches Sicherheitsbündnis für die Stadt, für Berlin, an. Wir sind bereit, wenn nötig, auch unpopuläre Entscheidungen mitzutragen. Dies hatte ich Ihnen, Herr Regierender Bürgermeister, bereits unmittelbar nach diesem schrecklichen Attentat angeboten. Dennoch, Herr Wowereit, ein solches Sicherheitsbündnis macht man nicht mit Links, mit überhaupt keinen Radikalen und Extremisten. In Zeiten wie diesen müssen die demokratischen Parteien der Mitte zusammenstehen.

[Beifall bei der CDU]

- (B) Das hat nichts mit großer Koalition zu tun, aber es hat etwas mit der gemeinsamen geschichtlichen Verantwortung von SPD und CDU für diese Stadt, für Berlin, zu tun.

Die Diskussion der letzten Tage auf Bundesebene hat uns gezeigt: Ein solches Sicherheitsbündnis geht eben nicht mit Parteien, deren antiamerikanische Ressentiments so tief sitzen, und deren Skepsis gegen Gesetz und Ordnung Teil ihres politischen Selbstverständnisses ist. Mit einem Wort: Nicht mit diesen Grünen und schon gar nicht mit dieser PDS.

[Beifall bei der CDU]

Sie sollten vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage, Herr Regierender Bürgermeister, Ihre Wahlaussagen zu Gunsten der PDS noch einmal gründlich überdenken.

Die nächsten Wochen und Monate, wahrscheinlich sogar Jahre, werden sehr schwierige, sehr folgenschwere Entscheidungen, auch hier in Berlin, erzwingen. Berlin kann sich in solchen Zeiten unsichere Bündnispartner nicht leisten. Da muss man sorgfältig prüfen, mit wem man sich einlässt.

[Zuruf von der SPD: Genau das haben wir getan!]

Man kann den Berlinerinnen und Berlinern nicht zumuten, sich auf Parteien zu verlassen, die Zeit ihres Bestehens weder Vertrauen zu den Vereinigten Staaten noch Vertrauen zu unserer wehrhaften Demokratie, unserem Rechts- und Sicherheitssystem, entwickelt haben.

[Beifall bei der CDU]

Ein Bündnis mit solchen Parteien ist ein Unsicherheitsbündnis. Es ist keineswegs geeignet, die Berliner aus ihren Sorgen und Ängsten heraus in eine sichere Zukunft zu führen.

Vor den Schreckensbildern aus Washington und New York nehmen sich Wahlkampfschmützel beinahe lächerlich aus.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

– Ich freue mich, dass wir in diesem Punkt Übereinstimmung haben.

[Unruhe]

(C) Auf dem Spiel stehen jetzt unsere westliche Wertegemeinschaft, die Menschenrechte, stehen Freiheit, Demokratie und Frieden. Deshalb möchte ich, dass wir zusammenstehen und über jedes machtpolitische Kalkül hinweg dieser Herausforderung gemeinsam begegnen: Durch ein demokratisches Sicherheitsbündnis und durch ein Bündnis der Vernunft. Hier muss Staatsinteresse eindeutig vor Parteiinteresse gehen. Das muss uns die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner wert sein.

Niemand hat das besser ausgedrückt als der sozialdemokratische Innenminister Schily bei der gestrigen Bundestagsdebatte. Er hat gesagt: „Wir brauchen die Solidarität aller, die die Freiheit lieben.“ Wir lieben die Freiheit und unsere wehrhafte Demokratie. Deshalb bieten wir Ihnen ausdrücklich unsere Zusammenarbeit an.

[Beifall bei der CDU]

Präsident Führer: Für die SPD hat das Wort Herr Abgeordneter Müller. – Bitte sehr!

Müller (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor einer Woche sind wir an dieser Stelle zusammengekommen, geprägt von Schock, von Entsetzen, von dem Gefühl der Hilflosigkeit angesichts des Terrors, der über die Vereinigten Staaten gebracht wurde.

Geeint hat uns vor einer Woche der Wille, unsere Solidarität und unsere Bereitschaft zu Hilfe jeder Art kundzutun und uns auch öffentlich neben die USA zu stellen – auch und gerade jenen verwirrten Geistern gegenüber, die in geradezu perverser Art hierin einen Sieg zu sehen meinen. Ihnen gilt unser aller Verachtung.

[Allgemeiner Beifall]

Nur langsam haben wir alle in dieser Stadt begriffen, welchen Maßstab das Geschehene hat. Ein Massaker an Tausenden von Menschen, die sich zu Beginn eines normalen Arbeitstages keiner Bedrohung bewusst waren, hat stattgefunden. Unschuldige Menschen wurden in abartiger Weise als Waffen gegen andere Unschuldige missbraucht – eiskalt geplant und mit menschenverachtendem Zynismus durchgeführt. Es fällt schwer, dieses Grauen in Worte zu fassen, und das ist vielleicht eines der deutlichsten Zeichen für die Tiefe unserer Betroffenheit. So oft wir die Bilder auch sehen, so oft wir die Meldung vom Geschehen des letzten Dienstags auch lesen, sie berühren uns stets aufs Neue.

Warum hört die Schrecklichkeit der Ereignisse nicht auf, uns zu beeindrucken? – Es ist wohl mehr als die bloße Vorstellung des Horrors, der über Tausende von Opfern und deren Angehörige in den USA und in 61 anderen Staaten der Welt gekommen ist. Nach dem Überwinden der Phase des ersten Schocks ergreift viele in dieser Stadt mehr als ein Unbehagen. Langsam erst dringt in unser Bewusstsein die Erkenntnis, dass sich etwas am Fundament unserer Wahrnehmung geändert hat. Neben Mitgefühl, Solidarität und Wut beschleicht viele Berliner Angst vor dem, was da noch kommen mag.

Zu sehr ist Berlin auch Symbol für die Lebensart und die Werte, denen der Angriff galt, als dass man diese Angst einfach abtun könnte. Auch wenn wir das Bestmögliche tun werden, um Schutz vor dem Terror zu erreichen, gebietet es auch in dieser Situation die Ehrlichkeit, einzugestehen, dass es absolute Sicherheit vor solchem skrupellosen Vorgehen wie dem der vergangenen Woche nicht geben wird. Die Gefahr wird auch nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt enden. Es wird keine abschließende Verhaftung oder Kapitulation geben. In dieser Lage kann wohl keiner behaupten, von Furcht völlig frei zu sein.

Lassen Sie mich auch ein paar persönliche Worte sagen: Ich bin 36 Jahre alt, bin in Freiheit aufgewachsen und habe in diesen 36 Jahren in Freiheit gelebt. Freiheit, Demokratie, Liberalität, offene Grenzen – alles das war für mich in diesen 36 Jahren eine Selbstverständlichkeit. Ich habe in den letzten Tagen Sorge, ob meine Kinder, die erst 3 und 6 Jahre alt sind, genauso unbeschwert aufwachsen werden, wie ich es konnte. Mir wird erst jetzt in den letzten Tagen richtig bewusst – ich muss das zuge-

(D)

Wolf

- (A) waren bestimmt vom Mitgefühl mit den Opfern und den Angehörigen und von Solidarität mit dem amerikanischen Volk, Solidarität, wie sie eindrucksvoll am letzten Freitag bei der Kundgebung der 200 000 Menschen demonstriert wurde. Und sie waren bestimmt von der Abscheu angesichts des kühl kalkulierten Massenmords an Tausenden von Menschen in New York und Washington. Aber die Stimmung in der Stadt war und ist auch geprägt von der Sorge vor dem, was da noch kommen könnte. Sie ist geprägt von der Befürchtung, dass ein möglicher Vergeltungsschlag zu neuem menschlichen Leid führen könnte und die Gefahr eine unkontrollierbaren Entwicklung und einer friedensbedrohenden Eskalation in sich birgt. Ich glaube, dass Johannes Rau in seiner beeindruckenden Rede vor den 200 000 Menschen am letzten Freitag diese Stimmung getroffen hat, als er sagte:

Wir werden auf die Herausforderung nicht mit Schwäche und nicht mit Ohnmacht reagieren, sondern mit Stärke und Entschlossenheit – und mit Besonnenheit. Hass darf uns nicht zum Hass verführen, Hass blendet.

Und er fügte hinzu:

Wer den Terrorismus wirklich besiegen will, der muss durch politisches Handeln dafür sorgen, dass den Propheten der Gewalt der Boden entzogen wird.

[Beifall bei der PDS und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Ich wünsche, dass der besonnene und nachdenkliche Ton dieser Rede des Bundespräsidenten auch prägend ist für die weitere politische Auseinandersetzung und innenpolitische Auseinandersetzung mit diesem Thema in der Bundesrepublik – und auch im Berliner Wahlkampf. Wir brauchen keine verbale Aufrüstung in dieser Situation, und wir brauchen keine Panikmache. Die Situation ist schwierig und ernst genug. Wir können vor allem eines nicht gebrauchen: Versuche, die tragischen Ereignisse zum Zweck des Wahlkampfes parteipolitisch zu instrumentalisieren.

[Beifall bei der PDS, der SPD und den Grünen]

Herr Steffel, ich hatte den Eindruck, nachdem ich zu Beginn Ihrer Rede das Gefühl hatte, dass Sie dieser Versuchung widerstehen, dass es Ihnen nicht durchgängig gelungen ist.

[Beifall bei der PDS –
Zuruf des Abg. Braun (CDU)]

Ich glaube auch, vor einem müssen wir uns hüten: vor einer **parteipolitischen Besserwisseri**, die sich in schnellem Aktionismus ergeht und versucht, deutlich zu machen: Wir haben es schon immer gewusst – und die Vorschläge, die seit Jahren gemacht wurden, die aber sehr wenig mit Terrorismusbekämpfung zu tun haben und sich bisher nicht durchsetzen konnten, wieder aus der Mottenkiste geholt werden. Ich glaube, wenn wir darüber diskutieren, dass es sich um eine neue Bedrohung handelt und dass wir nach neuen Antworten suchen müssen, dann wäre es allen politischen Kräften angemessen, eine gewisse Ratlosigkeit spüren zu lassen und über neue Lösungen nachzudenken und nicht einfach die alten Antworten als unveräußerliche Gewissheiten hier zu präsentieren.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Es nutzen uns keine Vorschläge, die **Sicherheit suggerieren** – durch Einschränkung von Bürgerrechten –, ohne sie wirklich herzustellen. In den letzten Tagen ist häufig Benjamin Franklin zitiert worden. Ich will es an dieser Stelle nochmals tun, weil man es nicht oft genug sagen kann. Benjamin Franklin sagte:

Wer bereit ist, für die Sicherheit die Freiheit aufzugeben, wird am Schluss beides verlieren.

Ich glaube, das muss Richtschnur unseres Handelns und auch unserer innenpolitischen Diskussion in der nächsten Zeit sein.

[Beifall bei der PDS und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

An Besonnenheit zu appellieren, bedeutet nicht Untätigkeit, nicht Untätigkeit nach innen und nicht nach außen. Deshalb begrüße ich auch ausdrücklich das zurückhaltende und besonnene Agieren des Innensenators in der letzten Woche und seine Ablehnung von effekthaschenden Schnellschüssen. Der Senatsbeschluss, anlassbezogen 13 Millionen DM **Mehrausgaben für die innere Sicherheit** im Bereich des Objektschutzes und der technischen Ausstattung auszugeben, finanziert die notwendigen Mehraufwendungen und tut ganz unaufgeregt das Notwendige. Das Notwendige tun, ist politisch verantwortliches Handeln, Panikmache ist etwas völlig anderes. In diesem Zusammenhang, Herr Steffel, finde ich es wenig hilfreich, wenn von Ihnen in den letzten Tagen zu hören gewesen ist, der Berliner Katastrophenschutz sei auf diese Situation nicht vorbereitet und es gebe hier erhebliche Probleme. Der Chef der Berliner Feuerwehr, Herr Broemme, und auch der Präsident der Ärztekammer, Herr Jonitz, haben sich dazu nochmals geäußert. Sie sehen dieses Problem nicht, und ich finde, wir sollten mit den Befürchtungen und mit den Ängsten, die die Bürger in dieser Stadt haben, sehr vorsichtig, sehr aufmerksam und sehr zurückhaltend umgehen und von jedem Versuch Abstand nehmen, diese Ängste zu schüren oder noch zusätzlich zu wecken und zu erhöhen.

[Beifall bei der PDS, der SPD und den Grünen]

Besonnenheit heißt auch nicht Untätigkeit nach außen. Die Verantwortlichen für diesen minutiös ausgeführten Massenmord müssen ergriffen und zur Verantwortung gezogen werden. Die staatliche Unterstützung von Terrorismus muss weltweit geächtet und mit politischen und ökonomischen Mitteln durchgesetzt werden. Das heißt, es muss auch Abstand genommen werden von der Versuchung, aus kurzfristigen außenpolitischen Gründen terroristische Organisationen für diese Zwecke zu nutzen. Diese weltweite Ächtung des Terrorismus muss bedingungslos und ohne Ausnahme sein.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Auch wenn es schwierig uns langwierig ist, es bleibt wahr, was Johannes Rau in seiner Rede gesagt hat: Der beste Schutz gegen Terror, Gewalt und Krieg ist eine gerechte internationale Ordnung. Auch diese Aufgabe dürfen wir in der aktuellen Diskussion nicht vergessen.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Eine Aktion zur Ergreifung der Täter, auch wenn sie von militärischen Kräften durchgeführt wird, ist etwas anderes als ein Vergeltungsschlag, ist etwas anderes als Rache, und sie ist auch kein Kreuzzug – wie wir es erst unlängst gehört haben – und sie ist kein Krieg. Ein militärischer Schlag, dem Unschuldige zum Opfer fallen wird nicht nur das Leben der Unschuldigen kosten, er droht auch seinerseits neue Rufe nach Hass und Vergeltung hervorzubringen, droht der Nährboden für eine neue Welle terroristischer Gewalt zu sein.

Er droht auch, ganze Regionen zu destabilisieren – mit unabsehbaren Folgen. Die Nachrichten, die ich aus der islamischen Atommacht Pakistan höre, die drohende Gefahr eines Bürgerkriegs in diesem Staat finde ich ausgesprochen Besorgnis erregend.

Noch ist unklar, in welchem Umfang und mit welchen Mitteln die USA antworten wollen. Die Solidarität mit dem amerikanischen Volk und die besondere – auch emotionale – Beziehung der Berlinerinnen und Berliner zu den Vereinigten Staaten auf Grund ihrer Rolle als Schutzmacht haben die Berlinerinnen und Berliner in der letzten Woche eindrucksvoll demonstriert.

Aber angesichts des Wortes von der unbedingten Solidarität bedarf es auch einer Konkretisierung. Denn zu Freundschaft und Solidarität gehört auch die Freiheit, Befürchtungen, Sorgen und Kritik zu äußern. Es sind viele in dieser Gesellschaft und in Berlin, die Sorgen vor einer möglichen Eskalation, vor einer Spirale der Gewalt haben und davor warnen. Es sind Kirchen, gewerkschaftliche Gruppierungen, Verbände und vor allen Dingen viele der Menschen, die in den letzten Tagen ihre Solidarität mit den Vereinigten Staaten und ihr Mitgefühl mit den Opfern bekundet haben. Sich dagegen zu wenden, dass aus der militärischen

Wolf

- (A) Rhetorik, die wir in diesen Tagen manchmal hören, aus Worten vom ersten Krieg des 21. Jahrhunderts ein wirklicher Krieg, eine militärische Eskalation wird, ist keine Aufkündigung der Solidarität, kein Antiamerikanismus, sondern die notwendige Diskussion in einer offenen Gesellschaft darüber, wie wir eine zivilisierte Antwort auf den Terror finden.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Der Hass ist ein enger Verwandter der Angst. Und Angst vor Anschlägen führt sehr leicht zu Hass auf vermeintlich Verantwortliche – gerade vor dem Hintergrund, dass die Verursacher, die Verantwortlichen für diesen Terror anonym sind. Hier ist die Politik, hier sind die Verantwortlichen in Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Kirchen, vor allem und gerade die Medien aufgefordert, sich gegen die Gefahr einer pauschalen Stigmatisierung ganzer Volksgruppen und Religionsgemeinschaften – wie dem Islam – zu stellen. Der Islam ist so wenig verantwortlich für Terroristen aus seinen Reihen wie das Christentum für Terroristen christlicher Konfession.

Die Offenheit, die Multikulturalität unserer Gesellschaft darf nicht gefährdet werden. Sie ist gerade eines der Zukunftspotentiale Berlins. Wir müssen sie bewahren, erhalten und ausbauen. Wenn wir dies gefährden, hätten die Terroristen eines ihrer Ziele erreicht. New York war und ist die internationalste Stadt der Welt, und diese Internationalität und Offenheit gehört zu den Werten, die wir jetzt verteidigen müssen.

[Beifall bei der PDS – Einzelner Beifall bei den Grünen]

Vor diesem Hintergrund hat uns nach dem Lob, das ich vorhin dem Innensenator ausgesprochen habe, die heutige Meldung in der „taz“ bedenklich gestimmt, nämlich dass es – zumindest nach dieser Meldung – die **pauschale Abforderung von Daten aller arabischen Studenten** an der Technischen Universität gegeben haben soll. Es ist ein falsches Signal, Menschen allein auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe unter einen pauschalen Verdacht zu stellen. Die Verfolgung von terroristischen Aktivitäten muss auch hier anhand konkreter Anhaltspunkte und nicht auf Grund der pauschalen Verdächtigung einzelner Volksgruppen stattfinden. Dies ist ein Signal, das in der innenpolitischen Diskussion der Stadt in die Gefahr gerät, falsch aufgenommen und begriffen zu werden.

(B)

[Beifall bei der PDS]

Meine Fraktion hat den Präsidenten des Abgeordnetenhauses gebeten, einen **runden Tisch der Kulturen** einzurichten beziehungsweise dazu einzuladen, der die großen Religionsgemeinschaften zusammenbringt, um ein Signal der Verständigung auszusenden und deutlich die Positionierung des Parlaments darzustellen. Wie ich gehört habe, hat Präsident Führer diesen Vorschlag wohlwollend aufgenommen. Ich hoffe, dass wir gemeinsam eine Zeichen der Verständigung, der Offenheit und der Multikulturalität in unserer Gesellschaft aussenden können.

[Beifall bei der PDS]

Präsident Rau sagte in seiner Rede:

Wir haben apokalyptische Bilder gesehen. Sie müssen uns aufrütteln, damit der Friede neuen Raum gewinnt. Die Freiheit braucht die starke Macht des Friedens, und zum Frieden gehört die Freiheit.

Beides, Freiheit und Frieden, gehört untrennbar zusammen, und beides darf in dieser Situation nicht gefährdet werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der PDS und den Grünen –
Einzelner Beifall bei der SPD]

Präsident Führer: Für die Fraktion der Grünen hat Frau Dr. Klotz das Wort!

Frau Dr. Klotz (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch eine Woche nach den Attentaten in New York und Washington hat sich unser Entsetzen, die Fassungslosigkeit über das Ausmaß und die schrecklichen Folgen des Terrors nicht

verringert. Mit Trauer müssen wir heute eine erste Vermisstenliste des Auswärtigen Amtes zur Kenntnis nehmen, wonach unter den Opfern vermutlich auch sechs Berliner und drei Brandenburger sind. Wir alle wissen nicht, was die nächsten Tage und Wochen uns bringen, was diese skrupellosen Verbrecher weiter planen und ob es zu weiteren Terroranschlägen kommt. Dass in dieser Situation nicht nur die europäischen Staaten, sondern auch Russland, China und Kuba ihre Unterstützung zugesichert haben, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Gegen Terrororganisationen, die weltweit agieren, kann es auch nur eine weltweite Antwort geben.

[Beifall bei den Grünen]

Es ist aber eine doppelte Angst, die Menschen überall auf der Welt in diesen Tagen spüren. Es ist die Angst vor terroristischen Anschlägen, aber es ist auch die Angst vor einem Gegenschlag der USA – einem Gegenschlag, der über einen gezielten Angriff der Täter hinausgeht und damit die Chance verspielt, der Gewaltspirale ein Ende zu setzen. Und so sind denn auch die Stimmen, die in diesen Tagen weltweit zur Besonnenheit aufrufen, unüberhörbar. Nach den Regeln des Völkerrechts ist es das Recht der Vereinigten Staaten, sich gegen diesen Angriff zu wehren. Rache ist jedoch kein vom Völkerrecht gedecktes Motiv.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Wir teilen die Besorgnis, aber auch die Hoffnung vieler Menschen, dass die Vereinigten Staaten die Stärke besitzen, konsequent und dennoch besonnen auf das Attentat zu reagieren.

Deshalb ist es gut, dass die Vereinigten Staaten ihre Reaktion auf den schrecklichen Angriff innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft abstimmen wollen. Dies entspricht auch einer Resolution des UN-Sicherheitsrats. Hierin liegt eine Chance, durch besonnene und international getragene Aktionen den Terrorismus zu bekämpfen.

Der **Sicherheitsrat** der UN hat die Anschläge als Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Friedens festgestellt. Er hat alle Staaten zur Zusammenarbeit aufgerufen, um die Täter, Organisatoren und die Hintermänner zu fassen und zu bestrafen. Ebenfalls zu bestrafen sind nach diesem Beschluss diejenigen, die ihnen helfen, die sie unterstützen und die sie beherbergen. In diesem Zusammenhang hat der Sicherheitsrat auf das in der UN-Charta festgeschriebene Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung hingewiesen.

(D)

Die **Beistandserklärung der NATO-Mitgliedstaaten** wird auch von uns mitgetragen. Sowohl die grüne Bundestagsfraktion als auch der Parteirat haben ihr zugestimmt. Diese Entscheidung bedeutet eine politische Solidaritätserklärung mit den Amerikanerinnen und Amerikanern. Die Feststellung des Bündnisfalls ist aber für uns nicht nur Ausdruck einer Solidarität mit den Betroffenen, sondern auch die Chance, auf die Geschehnisse gemeinsam mit den anderen NATO-Partnern Einfluss zu nehmen. Wir dürfen gerade in dieser Situation die Menschen in Amerika nicht allein lassen;

[Beifall bei den Grünen und der SPD –
Einzelner Beifall bei der CDU]

nicht mit ihrem Schmerz und nicht mit ihrer Trauer, aber auch nicht mit überzogenen Reaktionen.

Selbstverständlich wird das konkrete Engagement der Bundesrepublik im Deutschen Bundestag entschieden. Diese Entscheidung muss nach den Kriterien des Völkerrechts, der Einbindung in eine politische Gesamtkonzeption und nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel entschieden werden. In jedem Fall aber muss gewährleistet sein, dass eine Reaktion zielgerichtet die Täter und die Unterstützer erreicht. Sicherheit ist nicht allein mit militärischen und mit nachrichtendienstlichen oder polizeilichen Mitteln zu garantieren, Sicherheit ist in der Konsequenz nur durch politisch verantwortliches Handeln zu erreichen.

[Beifall bei den Grünen und der PDS –
Einzelner Beifall bei der CDU]

Natürlich müssen wir auch die Bedingungen analysieren, die den Boden bilden, auf dem der Terror wachsen konnte. Die

Frau Dr. Klotz

- (A) Selbstmordattentäter aus New York und aus Washington sind nicht gegen die soziale Verelendung in der Dritten Welt und den Hunger von 800 Millionen Menschen, den größten Skandal unseres Jahrtausends, aktiv geworden. Sie sind auch nicht die Ärmsten der Armen. Ihr Fanatismus hat andere Quellen. Es spricht alles dagegen, ihnen die Weihe der Helden der Armen zu verleihen.

[Beifall bei den Grünen]

Aber sie brauchen für ihr Selbstverständnis die Zustimmung der Massen in einigen völlig verarmten Staaten. Dass die Massen nicht immer denen Beifall klatschen, die etwas für die Verbesserung ihrer Lage tun, sondern oft denen, die sie tiefer ins Verderben führen, darüber wissen wir aus unserer Geschichte sehr viel. Deshalb müssen wir, um den Terror zu besiegen, auch die Elendsverhältnisse in dieser Welt verändern.

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Diese lassen sich nicht mit militärischen Mitteln beseitigen. Dazu ist vielmehr eine ernsthafte, langfristige und auch mit den notwendigen finanziellen Mitteln versehene Politik nötig. Sie muss darauf abzielen, Armut zu bekämpfen, Menschenrechte, Demokratie und soziale Gerechtigkeit durchzusetzen, den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern und in Konfliktfällen für einen fairen Interessenausgleich zu sorgen. Das ist die wirkliche Aufgabe, vor der wir in diesem Jahrtausend stehen.

[Beifall bei den Grünen und der SPD – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Der **Anschlag der Terroristen** galt nicht nur den Symbolen der Weltmärkte, sondern auch der offenen und **multikulturellen Gesellschaft**. Die Stadt New York steht hierfür wie keine andere Stadt auf der Welt. So fühlt sich die Berliner Bevölkerung nicht nur auf Grund ihrer Geschichte in besonderer Weise mit den USA verbunden. New York ist wie Berlin eine weltoffene Stadt, in der die Kulturen und der auch die Religionen friedlich miteinander leben. Eben dieses friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen, verschiedener Religionen, ist auf brutale Art und Weise angegriffen worden. Deswegen wird es nun unsere Aufgabe sein, diese tolerante Lebensweise zu verteidigen, ohne dabei aber Mittel anzuwenden, die wiederum ausgrenzen. Offenheit, Zivilität und Freiheit sind Grundwerte, die wir bewahren sollten. Demokratie und Bürgerrechte sollten nicht nur in guten Zeiten, sondern auch in schlechten Zeiten gelten.

[Beifall bei den Grünen, der SPD und der PDS]

Natürlich hat ein Staat die Aufgabe, das Sicherheitsbedürfnis seiner Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und sie zu schützen. **Öffentliche Sicherheit** ist auch eine Frage von Lebensqualität, und da sagen wir: Wir werden da keine Abstriche zulassen. Aber doch bitte mit den angemessenen Instrumenten! Dazu schreibt der von uns öfter zitierte Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“ vom letzten Wochenende:

Innere Sicherheit entsteht auch nicht, wenn man zum Kampf gegen das Verbrechen aufruft. Innenpolitik ist nicht Kriegspolitik. Innere Sicherheit im Rechtsstaat, das ist die richtige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit.

Dies muss sowohl der Maßstab für die Bundesebene als auch für Berlin sein, wenn es um die künftige Innenpolitik geht.

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Trotz der relativ besonnenen Tonlage, die Herr Steffel hier für die CDU-Fraktion angeschlagen hat, erweckt das Agieren der CDU in genau diesem Politikfeld in den vergangenen Tagen den Eindruck, als wolle diese Partei das Thema innere Sicherheit für den Wahlkampf nutzen, als wolle sie von Bankenkrise und ihrer Verantwortung für die Haushaltslage im Land Berlin ablenken. Aber wir sagen Ihnen: Das ist leicht durchschaubar. Wenn die CDU mit der verständlichen Verunsicherung der Bevölkerung in den nächsten Tagen und Wochen versuchen sollte, ihre Umfrageergebnisse zu verbessern, so bezeichne ich das als fahrlässig. Ein „Richter Gnadenlos“ hat hier in Berlin keine Chance. Dazu

sind die Berlinerinnen und Berliner zu liberal, dazu sind sie zu offen, und dafür sind sie übrigens auch viel zu intelligent. Das werden weder wir noch die Menschen in der Stadt zulassen.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der SPD und der PDS]

Veränderungen in der Sicherheitspolitik erachten auch wir Bündnisgrünen als notwendig, aber dort, wo sie auch wirklich mehr Sicherheit bringen. Bei der Flugsicherung muss sich einiges ändern; eine Verschärfung der Personen- und Gepäckkontrollen und der Sicherheitsprüfungen für das Personal ist eine absolut richtige Maßnahme, ebenso wie die Tatsache, dass der Einsatz von Sicherheitsbeamten als Flugbegleiter geprüft wird.

Wir halten die **Streichung des Religionsprivilegs im Verfassungsgesetz** für einen richtigen Schritt. Es muss in Zukunft möglich sein, extremistische Gruppen, die sich unter den Deckmantel einer Religion stellen, verbieten zu können, und dies muss gleichermaßen für jede Religion gelten.

Wir sehen auch einen Überprüfungsbedarf bei der Aufgabestellung des **Verfassungsschutzes**. Statt Zeitungsausschnitte über die „Kommunistische Plattform in der PDS“ zu lesen, gibt es derzeit nun wirklich andere Aufgaben. Die auf unsere Initiative hin begonnene Verschiebung in Richtung des Rechts- und Ausländerextremismus muss weitergeführt werden. Die erfolgte Einstellung von Islamwissenschaftlern und Arabisch sprechenden Mitarbeitern ist zielgenau und richtig.

[Beifall des Abg. Müller-Schoenau (Grüne)]

Blinde Datensammelwut allerdings, ohne aktuelle Bedrohungsanalysen, bringt kein Quäntchen mehr Sicherheit. Dafür sind die Vorgänge in den USA ein grausames Beispiel.

[Beifall bei den Grünen]

Absolut richtig ist es, dass die Bundesregierung angekündigt hat, den **terroristischen Vereinigungen den Geldhahn zuzudrehen**. Wenn es wirklich stimmt, dass Osama bin Laden hinter dem Attentat steckt, dann konnte er dies nur, weil er sich als Multimillionär der Dienstleistungen des internationalen Finanzsystems bedient hat. Es gibt sogar Berichte, dass eben dieser bin Laden durch Börsenspekulation noch Profit aus den Anschlägen gezogen hat. Hier in das Bankengeheimnis einzugreifen, ist nicht nur vertretbar – eine vertretbare Beschneidung von Freiheitsrechten –, sondern es ist auch absolut notwendig, um Terrorgruppen finanziell auszutrocknen.

[Beifall bei den Grünen und der SPD]

Es gibt aber auch eine ganze Reihe von Vorschlägen, die wir ablehnen. Wenig hilfreich ist es, den Datenschutz pauschal zu verunglimpfen. Das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf informationelle Selbstbestimmung ist und bleibt ein wichtiges Grundrecht, das nicht eben mal schnell auf dem Altar der inneren Sicherheit geopfert werden kann.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Wir bezweifeln weiterhin, dass eine pauschale **Regelanfrage beim Verfassungsschutz** bei **Einbürgerungen** zu Erkenntnissen führt, übrigens genauso wie der saarländische Ministerpräsident Peter Müller, CDU. Wenn es stimmt, was die „Frankfurter Rundschau“ heute berichtet, dass nämlich der mit den Attentaten in Verbindung gebrachte Student Said B. als Panzergrenadier bei der Bundeswehr gedient hat, dann hat man den Eindruck, dass weder der Verfassungsschutz noch der Militärische Abschirmdienst in diesem Zusammenhang besonders hilfreich gewesen sind.

[Beifall bei den Grünen]

Und auch die pauschale Forderung nach mehr für die Sicherheitsdienste und die Polizei hilft uns in dieser Situation nicht wirklich weiter. Viel Geld für viel Polizei bringt nicht automatisch viel Sicherheit. Statt Quantität sollten wir auf Qualität und damit auf Intelligenz sowie auf eine bessere technische Ausstattung, die hierfür zweifellos notwendig ist, setzen!

[Beifall bei den Grünen]

Frau Dr. Klotz

- (A) Deshalb ist es auch richtig, dass der Senat ein **Sofortprogramm** beschlossen hat, das für eine **bessere Ausstattung der Berliner Polizei** sorgt. Auch den verbesserten Objektschutz zählen wir zu den sinnvollen Mitteln angesichts der hohen Zahl der gefährdeten Objekte in Berlin, darunter sehr viele Bundesbehörden und Botschaften. Es geht aber auch darum, bei den entsprechenden Sicherheitslagen auch die finanzielle Beteiligung des Bundes einzufordern.

Im Übrigen, das will ich hier auch ganz deutlich sagen, kann ohne Gefährdung der Sicherheitslage durch Umschichtung aus dem Bereich der aufgeblähten Verwaltung eine personelle Verstärkung sichergestellt werden. Weder die großen Stäbe noch das Landespolizeiverwaltungsamt mit seinen über 2000 Stellen oder etwa die untere Straßenverkehrsbehörde sind in der vorhandenen Dimension notwendig. Anschläge lassen sich nicht mit Polizeireitern, dem Polizeiorchester oder der Freiwilligen Polizeireserve verhindern!

[Beifall bei den Grünen]

Um auch einmal mit dem Gerücht aufzuräumen, Grüne wollten die Polizei zum Sparschwein des Berliner Haushalts machen, kann ich nur sagen, dass wir vorhaben, in den nächsten Jahren sowohl für die bauliche Unterhaltung als auch für den Fahrzeugpark deutlich mehr Geld auszugeben, als es die CDU innerhalb der großen Koalition getan hat.

[Beifall des Abg. Trapp (CDU)]

Deswegen finde ich auch Ihre Forderung nach 81 Millionen DM mehr hier und heute unglaublich.

Das von der CDU in den letzten Tagen gemalte Szenario einer von den Sicherheitsbehörden nicht mehr beherrschbaren Lage in der Stadt entspricht nach den vorliegenden Erkenntnissen nicht der Realität. Ich wäre an Ihrer Stelle auch ein wenig vorsichtig. Fast 20 Jahre haben Sie den Innensenator in dieser Stadt gestellt.

[Gram (CDU): Gott sei Dank!]

- (B) Haben diese ihren Job nicht anständig gemacht? – frage ich. Ihre aus der sicherheitspolitischen Mottenkiste hervorgeholten Forderungen sind ausschließlich wahltaktisch motiviert. Sie schüren Ängste, ohne zu einer Verbesserung der Sicherheitslage beizutragen. Das bezeichnen wir als verantwortungslos.

[Beifall bei den Grünen]

Wir mussten erkennen, dass es eine absolute Sicherheit nicht gibt. Erreicht werden kann nur eine menschenmögliche Sicherheit. Die momentane Diskussion über Sicherheitskonzepte verlangt deshalb Augenmaß und Weitsicht. Die zum Teil weitreichenden Einschränkungen von Grund- und Bürgerrechten dürfen nicht vorschnell unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse geführt werden. Innenpolitisch wie außenpolitisch muss besonnen und unter Wahrung rechtsstaatlicher und völkerrechtlicher Grundsätze gehandelt werden. Richtschnur muss jetzt in besonderer Weise der verfassungsmäßige Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sein. Wir stellen uns gegen jegliche Mittel, die zu einem **Pauschalverdacht gegenüber ganzen Religions- und Bevölkerungsgruppen** führen, die Unverdächtige genauso betreffen wie Verdächtige. Das gilt auch für die 300 Studenten aus arabischen Ländern, die an der Technischen Universität immatrikuliert sind.

[Beifall bei den Grünen – Beifall des Abg. Wolf (PDS)]

Sie allesamt ausschließlich wegen ihrer Herkunft einem Generalverdacht auszusetzen, ist aus unserer Sicht unangemessen. Ein solcher Vorwurf stigmatisiert eine Gruppe in unserer Gesellschaft zu Tätern. Dementsprechend lehnen wir auch nach wie vor die Rasterfahndung ab.

[Beifall bei den Grünen – Einzelter Beifall bei der PDS]

Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, dass in Kirchen, in Synagogen und auch in Moscheen in den vergangenen Tagen gleichermaßen der Opfer gedacht wurde. Jedem Versuch, die Gegnerschaft zum Terrorismus und auch den Fundamentalismus mit einer Feindschaft gegenüber Menschen islamischen Glaubens gleichzusetzen und sie in eine pauschale Mitverantwortung für

die terroristischen Anschläge zu nehmen, müssen wir entgegen-treten. Wie wichtig der Dialog und die Verständigung zwischen Menschen verschiedener Kulturen, verschiedener Religionen ist, haben wir in den vergangenen Tagen, beispielsweise am Montagabend, in einer Kreuzberger Moschee erlebt. Wir werden diese Gespräche fortsetzen. Berlin ist und Berlin bleibt eine tolerante Stadt. Nur wenn es uns gelingt, diese Toleranz zu stärken, den Dialog zwischen den Menschen verschiedener Kulturen und verschiedener Religionen zu führen, wird auch der Terrorismus zu besiegen sein. – Vielen Dank!

[Beifall bei den Grünen –
Einzelter Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Führer: Das Wort hat der Regierende Bürgermeister!

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenige Tage sind vergangen seit dem 11. September, diesem schwarzen Dienstag. Es waren lange Tage der Trauer und der Anteilnahme. Es waren Tage der Suche nach Überlebenden und Vermissten in den Trümmern des World Trade Centers und des Pentagons.

Es waren aber auch Tage der Suche nach Antworten auf Fragen, die wir uns alle stellen: Wie konnte es zu einem solchen Verbrechen kommen? Welche Folgen hat der Terrorismus für unser Zusammenleben in der Welt des 21. Jahrhunderts? Die schrecklichen Bilder aus den USA werden wir nicht vergessen. Niemand kann einfach zur Tagesordnung übergehen.

Gestern haben wir erfahren, dass wahrscheinlich auch sechs Berlinerinnen und Berliner Opfer des Terroranschlages geworden sind. Wir alle denken in diesen Tagen an die Familien, die Hinterbliebenen der Opfer. Die Berlinerinnen und Berliner haben ihre **Trauer** und ihr **Mitgefühl** in vielfältiger Weise zum Ausdruck gebracht: durch ihre Teilnahme an der Kundgebung vor dem Brandenburger Tor, durch Eintragung in Kondolenzbücher und Niederlegung von Blumen an verschiedenen Orten der Stadt, durch Gebet und Andacht in den Berliner Gotteshäusern. Ich danke den Berlinerinnen und Berlinern für ihre ehrliche und offene Solidarität mit dem amerikanischen Volk.

[Beifall]

Wir fühlen uns den **Vereinigten Staaten von Amerika fest verbunden**, fester denn je. Wir wissen aber auch: Betroffen wurden wir alle, unsere Freiheit und unsere offene Gesellschaft. Auf zwei Dinge kommt es jetzt an: Auf Entschlossenheit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und auf den konsequenten Einsatz für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft. Es geht um Sicherheit und Toleranz. Wir müssen jetzt in den Grundfragen unserer politischen Verfassung als Demokratie zusammenstehen. Wir brauchen Einigkeit und Entschlossenheit, um die Werte unseres Zusammenlebens, die Demokratie und die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde zu verteidigen.

[Beifall]

Bei der Verteidigung des Rechtsstaats gegen den Terrorismus darf und wird es kein Wackeln geben. Ebenso darf und wird es kein Abrücken von den Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung geben. Wenn wir zuließen, dass die Freiheit der Terror-Bekämpfung geopfert wird, dann hätten wir verloren und die Terroristen hätten gesiegt.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen –
Einzelter Beifall bei der CDU]

Wir werden auch nicht in die Falle der Terroristen gehen, die Welt nun auch in gute und böse, in richtige und falsche Religionen, Kulturen oder Nationen einzuteilen.

Wir alle spüren in diesen Tagen bei vielen Menschen tiefe **Sorge und Ängste um die Sicherheit** in unserem Land und auch in Berlin. Der Senat nimmt diese Sorgen ernst. Er nimmt seine Verantwortung wahr. Er hat ruhig und besonnen, zugleich aber auch entschlossen gehandelt. Im Mittelpunkt steht dabei die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner. Unmittelbar nach

RBm Wowereit

- (A) den Anschlägen in den USA haben wir daher in enger Abstimmung mit den Bundesbehörden gehandelt und den Schutz gefährdeter Personen und Gebäude verstärkt. Vorgestern hat der Senat ein 13-Millionen-DM-Sofortprogramm zur Stärkung der inneren Sicherheit in Berlin beschlossen. Es ist ein Programm, das der Vorbeugung dient, denn bis heute liegen uns glücklicherweise keine Hinweise auf eine konkrete terroristische Bedrohung in der Hauptstadt vor. Die Berliner Polizei und der Verfassungsschutz werden verstärkt. Zusätzliche Fahrzeuge und notwendige Einsatzgeräte werden sofort beschafft. Weitere Unterstützungskräfte werden angefordert.

Die Bundesregierung, mit der wir uns eng abstimmen, hat gestern ein Bündel von Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit und zur Bekämpfung des Terrorismus beschlossen. Wir unterstützen mit allem Nachdruck den klaren innen- und außenpolitischen Kurs der Bundesregierung, die Verantwortlichen der Anschläge und ihre Hintermänner zu verfolgen und die rechtlichen Mittel gegen terroristische Gruppen zu schärfen.

[Beifall bei der SPD und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Lassen Sie mich all denen im Namen des Senats von Berlin danken, die ihren Dienst unter erheblichen Belastungen verrichten.

[Beifall bei der SPD]

Die Mitarbeiterinnen und **Mitarbeiter aller Sicherheitsbehörden** haben in diesen Tagen und Wochen eine schwere Aufgabe. Ihnen allen gilt unser **Dank** und unsere **Unterstützung**.

[Allgemeiner Beifall]

Der Senat wird an seinem klaren Kurs festhalten: Wo wir Risiken sehen, verstärken wir gezielt die Präsenz. Wo Gewalttaten geplant oder bereits begangen werden, setzen wir alle Mittel des Rechtsstaates ein. Und: Wo Engpässe auftreten, scheuen wir uns angesichts der besonderen Belastungen der Berliner Polizei nicht, Hilfsangebote anderer Bundesländer und des Bundes anzunehmen. Ich danke unseren brandenburgischen Nachbarn für die Bereitschaft, in Berlin zu helfen, wenn die Sicherheitslage es erfordert.

[Allgemeiner Beifall]

Mit Ministerpräsident Stolpe und Innenminister Schönbohm stehen wir ständig in engem Kontakt. Wir können auf selbstverständliche Solidarität unserer Nachbarn setzen.

Besonders in diesen Tagen wird deutlich: Sicherheit erreicht man nicht durch Schüren von Angst und Panik. Sicherheit erreicht man nur auf der Basis eines gesellschaftlichen Grundkonsenses. Sicherheit erreicht man nur durch besonnene Entschlossenheit, entschlossen gegen Terrorismus und entschlossen gegen seine Ursachen,

[Allgemeiner Beifall]

entschlossen aber auch für ein weltoffenes und tolerantes Berlin.

Wir hören und lesen in diesen Tagen von pauschalen Urteilen über den Islam und von verbalen Angriffen gegen Menschen, die als Angehörige der muslimischen Glaubensgemeinschaft erkannt werden. Das dürfen wir nicht zulassen, und ich appelliere an alle Berlinerinnen und Berliner, solchen Ausfällen energisch zu widersprechen.

[Allgemeiner Beifall]

Wir appellieren heute an Entschlossenheit in der Auseinandersetzung mit Urhebern von Terror und Menschenverachtung. Das hat mit einem Kampf der Kulturen nichts, aber auch gar nichts gemein. Es geht schlicht um die Achtung vor dem grundlegenden Recht auf Leben, für die wir eintreten.

Wir sollten alle Bestrebungen von Vertretern unterschiedlicher Religionsgemeinschaften unterstützen, sich auf einen gemeinsamen ethischen Grundkonsens zu besinnen und das friedliche Zusammenleben zu pflegen. Ich bin ganz sicher, dass wir mehr tun müssen, um den Dialog zwischen den Religionen zu fördern, auch und besonders in den Schulen.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Berlin hat die große Chance eines interreligiösen und interkulturellen Dialogs. Wir sollten sie gemeinsam nutzen. Klar ist, dass der Dialog nur auf einer gemeinsamen Basis geführt werden kann. Das beinhaltet die Anerkennung der Menschenrechte und die Regeln der freiheitlichen und demokratischen Rechtsordnung. Wir wollen die Schule als einen Ort der gegenseitigen Achtung und der Toleranz. Wir werden nicht zulassen, dass unter dem Deckmantel religiöser Freiheit Intoleranz gepredigt wird.

Viele Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung dokumentieren in diesen Tagen ihre Verbundenheit mit den Menschen in den Vereinigten Staaten von Amerika. Für viele in unserer Stadt ist dies ein Herzensanliegen. Ich danke an dieser Stelle allen, die Ideen eingebracht haben, um die Beziehungen zum amerikanischen Volk zu vertiefen.

Es gibt viele gute Vorschläge zum **Ausbau der Kontakte zwischen Berlin und New York**. Ich sage es ganz offen: Am besten ist es, wenn Kontakte „von unten“ wachsen und nicht amtlich angeordnet werden. Es ist ein gutes Zeichen, dass sich Berliner Feuerwehrleute mit New Yorker Feuerwehrleuten treffen. Es ist ein Symbol der gewachsenen, tief verwurzelten Beziehungen zwischen unseren Ländern, wenn Schulen direkte Kontakte nach New York entwickeln. Das ist gerade jetzt, wo menschlicher Beistand so wichtig ist, viel wert. Ich danke allen, die auf ihre jeweils eigene Weise ihren Beitrag leisten, und ich schließe in meinen Dank auch ganz bewusst die Opposition in diesem Hause ein.

Als äußerst unglücklich empfinde ich dagegen, dass die **Luft-hansa** ausgerechnet in diesen Tagen ihren einzigen **Direktflug von Berlin in die USA** eingestellt hat.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Beifall des Abg. Schellberg (Grüne)]

Ich habe dem Vorstandsvorsitzenden Weber geschrieben, dass gerade jetzt ein Zeichen des Vertrauens in die Rückgewinnung der Normalität und der weiteren Festigung unserer Verbindungen mit den USA angebracht wäre. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Lufthansa ihre Entscheidung noch einmal überdenken würde. Bei allem Verständnis für ökonomische Fragen gibt es Entscheidungen, die sich auch in einer finanziell schwierigen Situation verbieten sollten. Ich weiß, dass das der Lufthansa nicht gefällt, was ich hier sage, aber ich denke, im Interesse der Berlinerinnen und Berliner darf man im Parlament auch einmal solch einen Punkt erwähnen.

Die Bereitschaft aller Berliner Parteien, den Wahlkampf für einige Tage ruhen zu lassen, war ebenfalls ein angemessener Beitrag zum Innehalten und zur notwendigen Besinnung auf das, was gerade geschehen war. Wenn wir nun wieder den Streit um die besseren Konzepte für die Stadt aufnehmen, werden wir alle eine andere Tonlage anschlagen. Das erwarten die Menschen von uns. Wir können damit auch zeigen, wie in uns allen in diesen Tagen das Bewusstsein für den Wert unserer Demokratie gewachsen ist.

Die schrecklichen Ereignisse in den Vereinigten Staaten haben Spuren auch im Alltag Berlins hinterlassen. Vieles wird anders sein als vor dem 11. September. Berlin stellt sich entschlossen den neuen Anforderungen. Berlin ist sich seiner Verpflichtung als einer weltoffenen Metropole bewusst.

Lassen Sie mich abschließend eine Traueranzeige zitieren, die mich sehr bewegt hat. Die Belegschaft der Stiftung Jüdisches Museum hat nach den Attentaten von New York und Washington geschrieben:

Aus der deutsch-jüdischen Geschichte ist zu lernen, dass Toleranz und ein harmonisches Zusammenleben mit Menschen vieler Religionen und Kulturen die einzige erstrebenswerte Lebensweise des 21. Jahrhunderts ist. Es ist die Verantwortung eines jeden Bürgers, für dieses Ideal zu kämpfen und einzustehen und sich gegen Gewalt jeder Art zu stellen.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

[Allgemeiner Beifall]

Präsident Führer: Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Lorenz das Wort!

(A) **Lorenz (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor einer Woche hat das Abgeordnetenhaus in einer würdigen Veranstaltung die Trauer und Betroffenheit der Berlinerinnen und Berliner zum Ausdruck gebracht. Heute wollten wir über die Folgen diskutieren, die sich für uns aus diesen Attentaten ergeben. Standen bei uns vor einer Woche die Emotionen im Vordergrund, sollten wir heute eigentlich die Probleme rational erörtern, denn auf die Dauerhaftigkeit von Emotionen wird man in der Politik nicht bauen können. Und schon zeigen sich dann auch Risse, selbst in den Stellungnahmen der Bundespolitiker. Ich meine, dass wir insofern Veranlassung haben, uns jetzt nüchtern darüber auseinander zu setzen, auf welchen Grundlagen wir tatsächlich Politik betreiben.

Da bemerken wir einige Ungenauigkeiten in den Analysen vieler Politiker. Sie glauben, Solidarität mit Amerika sei eine Frage der Dankbarkeit gegenüber den USA und eine Frage der Bündnistreue. – Richtig: Gerade wir Berliner sind dankbar, und dauerhaft dankbar, für das, was wir von den USA erfahren haben. Richtig: Wir wollen bündnistreu sein. Das empfiehlt sich übrigens auch für ein Land, das ohne die USA gar nicht bestehen kann in der Welt. Aber das ist nur die halbe Wahrheit.

Der andere Teil ist: Der Terror in New York und Washington war kein Angriff nur auf Amerika, der uns nur deshalb angeht, weil wir dankbar und bündnistreu sind. Unsere Betroffenheit, die echt ist und bei fast allen noch andauert, beruht vor allem darauf, dass diese terroristischen Anschläge uns selbst getroffen haben. Wir sind Betroffene, weil wir Getroffene sind. Es waren Anschläge auf uns, zwar nicht auf unsere Demokratie und unsere freiheitliche demokratische Verfassungsordnung. Wie sollten Bin Laden und Saddam Hussein unsere Demokratie zerstören, uns unsere individuellen Freiheiten nehmen? Aber es waren Anschläge auf alle Länder, die – wie gerade Deutschland – ein offenes Wirtschaftssystem und eine globale Weltwirtschaft brauchen. Es waren Anschläge auf unsere Freiheit in dem Sinne, insofern sie auf unserem Wohlstand beruht, und dieser wiederum hat zur Bedingung, dass es eine weltweite offene Gesellschaft gibt. Und diese Gesellschaft ist mit einem islamischen Gottesstaat nach afghanischem Muster nicht zu vereinbaren.

(B)

Das sind die wahren Gründe unserer Betroffenheit.

Und wer meint, diese Auseinandersetzung betreffe nur die USA, er könne sich selbst aus dieser Auseinandersetzung – und sei es mit moralisierenden Argumenten – davonstellen, der ist von der Realität des 21. Jahrhunderts so weit weg wie Otto der Große. Wir sind mit Amerika untrennbar verbunden, weil wir selbst, mehr als wir denken, Amerikaner sind. Die Amerikaner können sich auf uns verlassen, nicht weil wir dankbar und bündnistreu sind und an ihrer Seite stehen wollen, sondern weil wir an ihrer Seite stehen müssen; weil wir die gleichen Interessen vertreten. Deutsche Politiker, die noch immer glauben, sie würden darüber entscheiden, in welchem Maße wir uns in diesem Konflikt engagieren, und dass wir ausscheiden, wann wir es wollen, haben nicht nachgedacht. Wer glaubt, die deutsche Wirtschaft sei ohne internationalen Handel, ohne die erzeugten Bedürfnisse des offenen Warenaustausches auch nur denkbar, der hat weniger begriffen als die kommunistische Partei Chinas.

Wir wissen also, dass wir ein Teil dieser Auseinandersetzung sind, nicht nur parteiische Zuschauer. Das unabwendbare Schicksal, Partei sein zu müssen, schafft Verpflichtungen und Rechte. Die Rechte, die Art der Durchführung dieser Auseinandersetzung mitzubestimmen, müssen die Außenpolitiker erkämpfen. Aber auch als Landespolitiker können wir unseren Beitrag leisten, und er muss sich an dem Ziel orientieren, **Terroristen das Wirkungsfeld zu verengen** und ihnen das mörderische Geschäft unmöglich zu machen.

Wie verengt man nun dieses Wirkungsfeld? – Auch Terroristen kommen auf Dauer ohne ein ihnen günstiges Umfeld nicht aus. Wenn dieser Anschlag dazu führt, dass wir die hier lebenden Ausländer und die Deutschen ausländischer Herkunft gesellschaftlich ausgrenzen, dann haben die Terroristen ein wichtiges Ziel bereits erreicht. Terroristen wollen Desintegration der hier lebenden Ausländer betreiben, sie betreiben sie teilweise ganz gezielt, und wir müssen sie verhindern. Das Gegen-

teil von Desintegration ist daher für uns und unsere Gesellschaft wichtig. Durch soziale Maßnahmen, durch gesellschaftliche Aktivitäten muss den in Berlin lebenden Ausländern und den Deutschen ausländischer Herkunft deutlich gemacht werden, dass diese Gesellschaft sie wirklich aufnimmt.

(C)

Wir wissen, wie eine richtige und effektive Integrationspolitik aussieht. Wir kennen die Mittel. Es gilt, sie nun auch endlich einmal zu verwirklichen, denn seit 20 Jahren passiert das nicht. Dabei kommt es auch nicht darauf an, Ausländern mit gekünstelter Freundlichkeit zu begegnen und ihnen jeden Wunsch, gar solche, die auf Absonderung zielen, zu erfüllen. Es kommt vielmehr darauf an, ihren Kindern eine gute Schulbildung zu geben, damit sie in dieser Gesellschaft erfolgreich sein können.

[Beifall bei der SPD und den Grünen]

Es kommt darauf an, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu vermitteln, die sie aus der Sozialhilfe heraus in ein erfolgreiches Berufsleben treten lässt.

[Beifall bei der SPD und den Grünen –
Beifall des Abg. Doering (PDS)]

Es kommt auch darauf an, ihnen politische Beteiligungsrechte zu geben, nicht damit sie sich damit separieren, sondern damit sie gemeinsam mit den Deutschen diese Gesellschaft gestalten können. Denn nur wenn dies eine gemeinsame Gesellschaft ist, werden sie sich mit ihr identifizieren.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Auf diesem Feld werden in den nächsten Wochen die entscheidenden Schlachten geschlagen. Das Abgeordnetenhaus bräuchte da nicht einmal die Tendenzen seiner Politik zu ändern, es braucht sie nur verstärken, denn wir haben uns ja vorgenommen, dass wir beispielsweise nicht an unseren Kindern sparen, sondern nur noch für unsere Kinder. Es muss mehr passieren auf diesem Gebiet.

Genauso allerdings, wie ich von Deutschen erwarte, dass sie sich zu diesem Staat bekennen, hoffe ich – und appelliere an die Ausländer, die hier auf Dauer bleiben wollen –, dass sie auch so empfinden und sich entsprechend verhalten.

(D)

[Beifall bei der SPD]

Wir müssen von ihnen erbitten, aber auch verlangen, dass sie sich zu dieser Gesellschaft bekennen, dass sie sich für ihre Gestaltung interessieren und dass sie denen entgegen treten, die diese Gesellschaftsordnung bekämpfen.

[Beifall bei der SPD]

Dies ist ein dringender Rat, den ich gerade denen mit auf den Weg gebe unter den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die jetzt Angst haben vor einer Überreaktion der deutschen Öffentlichkeit.

Daneben, und dies streiten wir niemandem ab, müssen die Bedingungen geschaffen werden, auch mit restriktiven und mit polizeilichen Maßnahmen den Terrorismus zu bekämpfen. Wir müssen jetzt solide und organisiert planen. Es geht nicht darum, jetzt mit Großmauligkeiten und mit alten Plänen wieder aufzuwarten und mit einer Diskussion, die stattfinden muss, auch um die Grundrechte, etwa die Gesellschaft zu verunsichern. Wir müssen gemeinsam genau durchprüfen, welche Maßnahmen tatsächlich der Bekämpfung von Terrorismus dienen und welche das nicht tun und die bürgerlichen Freiheiten ohne jede Veranlassung einschränken.

Wenn wir dies tun, dann werden wir diesen Terrorismus besiegen, aber nicht mit Emotionen, nicht mit wankemütigen Bekundungen –

Präsident Führer: Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen!

Lorenz (SPD): – unserer Emotionalität, sondern mit Rationalität.

[Beifall bei der SPD]

(A) **Präsident Führer:** Für die PDS-Fraktion hat Frau Abgeordnete Seelig das Wort.

Frau Seelig (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Innenpolitikerin möchte ich mich noch einmal zu dem, was in diesem Bereich inzwischen getan wurde, und dem, was im Sofortprogramm der CDU gefordert wird, äußern.

Wir haben uns gestern, obwohl wir an einigen Punkten Bauchschmerzen haben, zu den anlassbezogenen Maßnahmen des Berliner Senats positiv verhalten. Wir denken, es ist schnell, es ist umsichtig gehandelt worden, und es ist mit der nötigen Besonnenheit gehandelt worden. Wir sind auch der Meinung und unterstützen auf jeden Fall den Senat in der Absicht, die Verhandlungen mit dem Bund aufzunehmen. Die Kosten für die Hauptstadtssicherheit können selbstverständlich nicht von Berlin allein getragen werden. Die Polizisten und Sicherheitskräfte in dieser Stadt sind im Moment in einem Maße überlastet, dass wir auch da sehen müssen, wo wir Hilfe und Unterstützung bekommen.

Ein Problem finde ich bei allem, was heute an Nachdenklichkeit und Besonnenheit in den Reden herüber gekommen ist, selbst bei Ihnen, Herr Steffel: dass dieses Paket, das Sie heute vorgelegt haben, das **CDU-Maßnahmenpaket**, leider eine andere Sprache spricht. Es ist weder sachgerecht noch dient es dazu, tatsächlich Ängste abzubauen, sondern das Gegenteil ist der Fall. Die Sprache des Papiers malt förmlich ein Kriegsszenario, wie es – Gott sei Dank! – keine Realität in dieser Stadt ist. Die Aufgabe von Politik ist es doch, gerade jetzt innen- wie außenpolitisch zur Besonnenheit zu mahnen. Die monströsen Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon haben uns doch gerade gezeigt, dass die teuersten Sicherheitskräfte der Welt sie nicht verhindern könnten, nicht die CIA, nicht das FBI und auch nicht die US-Armee. Statt nun einen Moment innezuhalten und zu überlegen, was wirklich gegen die terroristische Bedrohung hilft – und das werden zuallerletzt vordergründig repressive Mittel sein –, erklären Sie Angst und Betroffenheit zum markigen Wahlkampfthema. Das finde ich sehr bedauerlich.

[Beifall bei der PDS]

Sie machen den Menschen in dieser Stadt Angst – Das muss Ihnen doch bewusst sein! –, wenn Sie behaupten, Berlin habe keinen funktionierenden Katastrophenschutz, was nachweislich nicht stimmt. Sie wollen ca. 80 Millionen DM zusätzlich für Polizei und Verfassungsschutz ausgeben. Dann sagen Sie, nachdem uns die große Koalition diesen maroden Haushalt überlassen hat, woher Sie das Geld nehmen. Sollen die Schulen weiter vor sich hin rotten? Und meinen Sie, die Zukunft unserer Kinder ist ausschließlich durch den Religionsunterricht zu retten? Was ich Ihnen nicht glaube, ist, dass Sicherheitsexperten Ihnen bei Ihrem Papier die Feder geführt haben.

[Beifall bei der PDS – Kittelmann (CDU): Ziemlich schlechte Wahlrede, Frau Kollegin!]

Sie holen im Gefolge einer der größten zivilen Katastrophen der Menschheit all diese alten Forderungen aus der Mottenkiste, dir gar nichts, aber auch gar nichts mit dem Schutz vor Attentaten zu tun haben. Sie wissen doch genau, dass Videoüberwachung öffentlicher Plätze absolut nichts mit dem Schutz vor Terrorismus zu tun hat.

[Widerspruch bei der CDU – Kittelmann (CDU): Ach!]

Sie wissen doch ganz genau – oder offensichtlich wissen Sie es nicht; jedenfalls nach der Rede von Herrn Steffel und dem Papier muss ich es annehmen –, dass selbstverständlich bei Geiselnahmen es möglich ist, einen finalen Rettungsschuss abzugeben – man kann auch von einem gezielten Todesschuss reden –, und dass die Auseinandersetzung darum sich ausschließlich darüber abspielt, ob wir es mit der Verfassung vereinbaren können, den Tod eines Menschen in ein Gesetz zu formulieren, oder ob dies immer die Ultima Ratio in dieser Gesellschaft bleiben muss. Sie bauen Popanz auf

[Zuruf des Abg. Kittelmann (CDU)]

und versuchen, den Leuten einzureden, es wäre etwas, was tatsächlich etwas mit ihrer Sicherheit zu tun hätte. Das Trennungsgebot von Polizei und Verfassungsschutz soll schnell mal über den Haufen geworfen werden. Das ist, wie Sie auch wissen müssten, eine demokratische Lehre aus den finsternen Zeiten des Faschismus.

[Beifall bei der PDS –
Kittelmann (CDU): Und des Kommunismus! –
Zuruf des Abg. Gewalt (CDU)]

– Auch da gebe ich Ihnen Recht! – Datenaustausch findet doch bei Anhaltspunkten in Ausländerakten sowieso schon statt; ich frage mich, wo Sie leben.

Ich sage noch einmal: Es geht jetzt nicht darum, den Berliner Senat mit sicherheitspolitischer Besserwisseri übertrumpfen zu wollen. Es gibt die notwendigen Sofortmaßnahmen in einem Sofortprogramm. Wir tragen sie mit. Wenn Sie jetzt finden – das ist ja das Absurde an Ihrer Argumentation –, dass die Berliner Polizei nicht ausreichend Sicherheit gewährleisten kann, dann müssen Sie Ihre eigenen Innensenatoren und Polizeipräsidenten der letzten Jahre fragen, warum keine sinnvollen Reformen in den letzten 10 Jahren oder 20 Jahren sogar zu Stande gekommen sind. Als Ad-hoc-Aktion in einer Krise wird das nicht zu machen sein. Sie stellen Ihrer eigenen Sicherheitspolitik ein Armutszeugnis aus, statt dazu beizutragen, den Menschen in dieser Stadt ihre Ängste zu nehmen, ein Klima von Toleranz und Besonnenheit zu schaffen,

[Zurufe von der CDU]

in das alle Bevölkerungsgruppen einbezogen werden.

In Ihrem Papier fordern Sie zum Schluss, man sollte umdenken, alle sollten umdenken, denn Recht darf dem Unrecht nicht weichen, wen und was Sie damit immer meinen. Ich sage Ihnen: Bürger- und Menschenrechte dürfen dem Terror nicht weichen, denn dann – und nur dann – hätten die Mörder von New York und Washington einen Sieg errungen. – Danke schön!

[Beifall bei der PDS –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Präsident Führer: Die Redezeiten sind aufgebraucht. Die Aktuelle Stunde hat damit ihre Erledigung gefunden.

Ich rufe auf

Ild. Nr. 2, Drucksache 14/1512:

II. Lesung des Antrags der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU über Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes, Drucksache 14/1152, gemäß Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung vom 10. September 2001

Die ursprüngliche dringliche Beschlussempfehlung liegt Ihnen noch einmal in Kopie vor, und sie wurde heute über die Fraktionen in gedruckter Fassung zugestellt.

Ich eröffne die II. Lesung und schlage vor, die Beratung der Artikel I und II gemeinsam durchzuführen. Widerspruch hierzu höre ich nicht. Ich rufe also auf Artikel I und II, die Überschrift und die Einleitung in der neuen Fassung der Beschlussempfehlung mit der Drucksachenummer 14/1512. Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Ich schließe daher die nicht stattgefundene Einzelberatung und verbinde die Einzelabstimmungen mit der Schlussabstimmung. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Gesetzes in der Fassung der Drucksache 14/1512. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das Sechste Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes einstimmig so beschlossen.

Präsident Führer

(A) Lfd. Nr. 2 A, Drucksache 14/1514:**I. Lesung der Vorlage – zur Beschlussfassung – über Hundesteuergesetz**

Diese Vorlage steht nicht auf unserer heutigen Tagesordnung. Der Senat hat darum ersucht, dass wir heute in I. Lesung, die ich hiermit eröffne, diese Vorlage behandeln. Der Dringlichkeit wird offensichtlich nicht widersprochen.

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Diese Beschlussvorlage habe ich bereits gestern vorab zur Beratung an den Hauptausschuss überwiesen. Ihre nachträgliche Zustimmung hierzu stelle ich fest. Der Tagesordnungspunkt ist damit für heute abgeschlossen.

Lfd. Nr. 3:**Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden für den Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorgänge bei der Bankgesellschaft AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden**

Es handelt sich um eine Ersatzwahl für den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Nicolas Zimmer von der Fraktion der CDU, die nunmehr als neuen stellvertretenden Vorsitzenden den Abgeordneten Roland Gewalt vorschlägt. Wer Herrn Gewalt in diese Funktion zu wählen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Herr Gewalt gewählt.

Wir sind dann bei

Lfd. Nr. 4:**Wahl eines Abgeordneten zum Mitglied sowie einer Abgeordneten zum stellvertretenden Mitglied jeweils für die Finanz- und Wirtschaftskommissionen der Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität zu Berlin****(B)**

Es handelt sich um Nachwahlen, die nach der Mandatsniederlegung des ehemaligen Mitglieds der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Dr. Köppl, notwendig geworden sind. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benennt jeweils als ständiges Mitglied nunmehr den bisherigen Vertreter, Herrn Abgeordneten Bernhard Weinschütz, und als ständige Vertreterin nunmehr Frau Abgeordnete Elfi Jantzen. Wer die beiden zu wählen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit sind die beiden Abgeordneten gewählt. Ich danke Ihnen!

Ich rufe auf

(C)**Lfd. Nr. 5, Drucksache 14/1463:****Wahl**

- a) von Vertretern oder Vertreterinnen der Berliner Arbeitgeberverbände,**
- b) von Vertretern oder Vertreterinnen der Berliner Gewerkschaften,**
- c) von Vertreterinnen einer Organisation, die die Interessen von Frauen, sowie von Personen, die Umweltbelange vertreten,**

zu Mitgliedern des (zurzeit ruhenden) Kuratoriums der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und zu deren Stellvertreterinnen oder Stellvertretern

Die Kandidaten zur Wahl entnehmen Sie bitte der Anlage der Drucksache 14/1463. Wer die dort Genannten in das Kuratorium der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin zu wählen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann sind die Betroffenen gewählt.

Lfd. Nr. 6, Drucksache 14/1504:**Vorlagen – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB**

Von der Fraktion der CDU liegt mir ein Überweisungswunsch aus der Zusammenstellung der Verordnungen vor. Die laufende Nummer 13 – das ist die Verordnung mit der Nummer 14/146 – Verordnung über die Vorhaltung eines besonderen Fahrdienstes – soll zur Besprechung an den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Migration überwiesen werden. Wer dem so folgen möchte, den bitte ich um Zustimmung durch das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist die Überweisung so beschlossen. Ich stelle damit fest, dass die übrigen Verordnungen zur Kenntnis genommen sind.

(D)

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am Donnerstag, dem 27. September 2001, um 13.00 Uhr statt. Wir sind der Auffassung, dass die Zeit ausreicht. – Die Sitzung ist geschlossen!

[Schluss der Sitzung: 16.52 Uhr]

(A) Anlage

(C)

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden für den Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorgänge bei der Bankgesellschaft AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden

Für den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten Nicolas Zimmer, wurde nunmehr gewählt:

Herr Abgeordnete Roland Gewalt

Wahl eines Abgeordneten zum Mitglied sowie einer Abgeordneten zum stellvertretenden Mitglied jeweils für die Finanz- und Wirtschaftskommissionen der Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität zu Berlin

Für die Finanz- und Wirtschaftskommissionen der Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität zu Berlin wurden für den ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Bernd Köppl – bisher Mitglied in beiden Kommissionen – nunmehr gewählt:

zum Mitglied:

(B) Herr Abgeordneter Bernhard Weinschütz

zur Vertreterin:

Frau Abgeordnete Elfi Jantzen

Wahl

- a) von Vertretern oder Vertreterinnen der Berliner Arbeitgeberverbände,
- b) von Vertretern oder Vertreterinnen der Berliner Gewerkschaften,
- c) von Vertreterinnen einer Organisation, die die Interessen von Frauen, sowie von Personen, die Umweltbelange vertreten,

zu Mitgliedern des (zurzeit ruhenden) Kuratoriums der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und zu deren Stellvertreterinnen oder Stellvertretern

Gemäß § 64 Abs. 3 und Abs. 4 sowie Abs. 5 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 1 Nr. 5, Nr. 6 und Nr. 7 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerlHG) in der Fassung vom 17. November 1999 (GVBl. S. 630), geändert durch Artikel II des Gesetzes vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 342), wurden für die Dauer von zwei Jahren gewählt:

zu a)

zu Mitgliedern:

Herr Dr. Volker Hasewinkel

Herr Wolfgang Binder

zu stellvertretenden Mitgliedern:

Herr Ralf-Michael Rath

Herr Sven Weickert

zu b)

zu Mitgliedern:

Herr Heinz Hoffmann

Herr Matthias Jähne

zu stellvertretenden Mitgliedern:

Herr Norbert Konkol

Herr Rainer Heinrich

zu c)

zu Mitgliedern:

Frau Dorothea Minuth (Frauen)

Herr Dr. Jan Ahlers (Umwelt)

zu stellvertretenden Mitgliedern:

Frau Regina Schmidt (Frauen)

Frau Dr. Beatrice Schwarz-Schulz (Umwelt)

(D)